

An die Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag
SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU, Die Linke

Hannover, 23.02.2023

Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende,

in vielen bundesdeutschen Städten und auch in Hannover erleben wir aktuell Proteste der „Letzten Generation“ mit dem Ziel, intensivere Klimaschutzbemühungen durch den Bund zu erwirken. In Hannover wurde im Rahmen der Proteste ein offener Brief der „Letzten Generation“ an mich gerichtet. Darauf habe ich mit einem Gesprächsangebot reagiert und darum gebeten, die Proteste zu beenden. Zudem habe ich darauf hingewiesen, dass Störungen demokratischer Institutionen, wie der Regionsversammlung in Hannover, und an sie gerichtete Ultimaten einem konstruktiven Austausch entgegenstehen. Daraufhin wurden die Proteste in Hannover vorerst ausgesetzt.

In den Gesprächen gab es eine Einigkeit darüber, dass die Klimakrise die Existenz der Menschheit, ihrer Gesundheit, ihre Sicherheit und ihre Ernährung akut gefährdet und die Erderhitzung unbedingt auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden muss, um diese katastrophalen Folgen abzuwenden. Steigt die Temperatur weiterhin in der aktuellen Geschwindigkeit, werden schon 2030 wichtige Kipppunkte erreicht und die Klimakrise wird unbeherrschbar, mit sprunghaften Verschlimmerungen auf der Erde. Erste Folgen spüren wir schon heute in unseren Städten.

Ich teile die Einschätzung der Wissenschaft und der „Letzten Generation“, dass die aktuellen Maßnahmen nicht ausreichen, um die Pariser Klimaziele zu erreichen, die nötig sind, um die existenzbedrohende Klimakrise abzuwenden. Die Landeshauptstadt Hannover hat zum Ziel, bis 2035 klimaneutral zu werden. Die Forderungen der „Letzten Generation“ nach intensiveren Klimaschutzbemühungen vom Bund können auch uns dabei helfen, unsere kommunalen Klimaziele zu erreichen. Ich bitte Sie daher, diese parlamentarisch zu beraten.

Unbestritten ist, dass der Verkehrssektor einen höheren Beitrag dafür leisten muss, den Treibhausgas-Ausstoß zu reduzieren. Als Oberbürgermeister unterstütze ich die Forderung der „Letzten Generation“ nach einem Tempolimit auf bundesdeutschen Autobahnen. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum Deutschland als einziges Land innerhalb Europas diese Maßnahme nicht umsetzt – das ginge sofort, ist kostenlos und wäre ein wesentlicher Beitrag für mehr Klimaschutz und Verkehrssicherheit.

Viele Städte arbeiten an einer Mobilitätswende für mehr Klimaschutz, Gesundheit und Aufenthaltsqualität. Hannover arbeitet in einem Dialog mit der Stadtgesellschaft an einer autofreien Innenstadt bis 2030. In diesem Zusammenhang war das 9-Euro Ticket für den öffentlichen Nahverkehr ein großartiger Erfolg. Ich unterstütze deshalb die Forderungen der „Letzten Generation“ für ein günstigeres, bundesdeutsches Nahverkehrsticket in Anlehnung an das 9-Euro-Ticket. Um den öffentlichen Nahverkehr zu einer echten Alternative zum Auto weiterzuentwickeln, sind zudem höhere Investitionen in die Infrastruktur von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr unerlässlich.

Die zunehmenden Proteste zum Klimaschutz werden getragen von vielen unterschiedlichen Gruppen und die nötigen Maßnahmen werden Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben. Ich setze und vertraue darauf, dass unsere parlamentarische Demokratie in der Lage ist, die Herausforderungen zu bewältigen. Das Vorhaben der Bundesregierung aus dem Koalitionsvertrag, Bürger*innenräte zu gründen, unterstütze ich ausdrücklich. Sie können eine sinnvolle Erweiterung des demokratischen Prozesses sein und sollten genau bei diesem Thema ansetzen.

Ein Bürger*innenrat, der Maßnahmen zur schnellstmöglichen Erreichung der Klimaneutralität erarbeitet, welche durch eine parlamentarische Befassung in konkrete Gesetzesvorhaben münden, kann ein geeignetes Mittel sein, um möglichst viele Menschen mitzunehmen, Teilhabe sicherzustellen und dadurch den gesellschaftlichen Frieden zu bewahren. Die Forderung der „Letzten Generation“ nach einem so genannten „Gesellschaftsrat“ hat ein vergleichbares Ziel, weicht allerdings in der Ausgestaltung an einigen Stellen davon ab, zum Beispiel bei der Frage der Entscheidungskompetenz eines solchen Gremiums. Aus meiner Sicht lohnt es sich darüber zu diskutieren, wie diese Ansätze zusammengebracht werden können.

Ich hoffe auf Ihre Unterstützung – im Sinne eines wirksamen Klimaschutzes und um die Proteste in unseren Städten zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen



Belit Onay